

**Dr. Helmut Linssen**

**Ministerpräsidenten-Kandidat der NRW-CDU**

# 10-Punkte-Sofortprogramm gegen Kriminalität in NRW

Der Wahlkampf ist jetzt in seiner entscheidenden Phase. Wir haben immer gesagt, daß wir uns in diesem Wahlkampf von Tingeltangel und Klamauf der SPD mit ihren Fußball- und Skatturnieren absetzen werden. In Sonntagsreden beklagt Ministerpräsident Rau die Entpolitisierung der Gesellschaft, doch mit seinem Wahlkampf betreibt er eine geradezu systematische Entpolitisierung. Dieses Ablenkungsmanöver vom politischen Versagen der SPD-Landesregierung wird nicht gelingen.

Die CDU verbindet personelle Alternativen mit inhaltlichen Alternativen. Deshalb werden wir ganz bewußt die thematische Zuspitzung suchen. Wir werden in den kommenden Wochen neben den Themen „Wirtschaftsstandort NRW modernisieren“ und „Zukunft unserer Kinder sichern“ das Thema „Innere Sicherheit in NRW verbessern“ in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes stellen.

Die Sorgen der Menschen, ob der Staat ihre Sicherheit noch gewährleisten kann, sind groß. Wir wissen, daß 85 Prozent unserer Mitbürger in Nordrhein-Westfalen einen besseren Schutz vor Kriminalität und Verbrechen als eine vorrangige

Aufgabe der Landespolitik betrachten. Gleichzeitig sagen 39 Prozent, die CDU könne auf diesem Gebiet eine bessere Arbeit leisten als die amtierende SPD-Landesregierung, nur 19 Prozent trauen der Regierung Rau hier eine bessere Aufgabenlösung zu.

Diese Zahlen zeigen: Der Bereich „Innere Sicherheit“ ist ein Thema, das die Menschen bewegt, es ist gleichzeitig ein Thema, bei dem die Menschen in diesem Land der CDU mehr zutrauen als der SPD. Diesen Kompetenzvorsprung wollen wir in den kommenden Wochen ausbauen.

Ich möchte betonen, das ist kein Angstwahlkampf, sondern nur die nüchterne Beschreibung der Realität. Und ich bin nicht nur angetreten, die Probleme zu beschreiben, sondern auch, sie zu lösen. Deshalb werben wir offensiv für unsere Lösungsansätze. Die Landesregierung traut sich ja nicht einmal mehr, die Probleme anzusprechen.

Dabei ist die Sicherheitslage in NRW katastrophal: Die Kriminalitätsstatistik der letzten Jahre zeigt ein erschreckendes Bild. Während der Regierungszeit von

Ministerpräsident Rau ist die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen von 1980 bis 1994 um 257.000 Fälle (= 24 Prozent) auf ca. 1,33 Millionen Straftaten gestiegen. Die Kriminellen werden immer brutaler und gewalttätiger, Eigentumsdelikte nehmen überhand. Die organisierte Kriminalität nimmt erschreckende Ausmaße an. Mafiose Banden aus dem Mittelmeerraum, aus Osteuropa und Lateinamerika teilen das Terrain der Bundesrepublik unter sich auf.

Weiterhin bereitet das dramatische Ansteigen extremistisch motivierter Straftaten große Sorgen. Kriminalitätsbekämpfung ist vor allem Ländersache. In Nordrhein-Westfalen versagt die SPD-Landesregierung bereits seit Jahren. Eine Regierung, die nicht gewillt ist, Straftaten effektiv zu bekämpfen, eine Regierung, die Straftaten ungesühnt läßt, eine Regierung, die rechtsfreie Räume duldet, verliert das Vertrauen der Bürger.

Die Gründe für die katastrophale Sicherheitslage in NRW liegen auf der Hand: Die nordrhein-westfälische Polizei ist personell und technisch für einen wirksamen Schutz der Bevölkerung nur unzureichend ausgerüstet.

In Nordrhein-Westfalen fehlen zwischen 7.000 und 8.000 Polizisten, die Polizeidichte ist geringer als in allen anderen deutschen Flächenländern. Die technische Modernisierung der Polizei in Nordrhein-Westfalen tritt auf der Stelle, intelligente und vernetzte Lösungen zum Einsatz von Datenverarbeitung und moderne Kommunikation- und Informationstechniken fehlen nach wie vor. Die hochge-

lobte Neuorganisation der Polizei hat sich als reiner PR-Gag erwiesen.

Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung ein 10-Punkte-Sofortprogramm „Kriminalität bekämpfen“ auf den Weg bringen. Dieses beinhaltet folgende Punkte:

### 1. Personelle Aufstockung

In einem Stufenplan wird die Personallücke von 7.000 bis 8.000 fehlenden Polizisten in den nächsten fünf Jahren geschlossen.

### 2. Neuer Aufgabenzuschnitt

Die Polizei wird von Tätigkeiten befreit, die nicht zu ihrem originären Aufgabenfeld gehören. Dies gilt besonders für Tätigkeiten, die die Polizei am Wochenende und nach Feierabend wahrnehmen muß, weil die eigentlich zuständigen Ämter keinen Nacht- oder Wochenenddienst unterhalten. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir hier neue Lösungen durchsetzen. Innerhalb der Polizei werden polizeifremde Aufgaben, z. B. im Schreibdienst oder in den technischen Bereichen, konsequent auf Angestellte übertragen.

### 3. Aktionsprogramm moderne Technik

Die technische Modernisierung der Polizei muß in den nächsten zwei Jahren auf den Stand der aktuellen Kommunikationstechnik und Informationstechnik gebracht werden. Zur Zeit hinkt die Polizei aufgrund der Technikfeindlichkeit der SPD (Computer = „Jobkiller“) der Entwick-

lung 10 Jahre hinterher. Die komplette Vernetzung der Polizeibehörden untereinander muß vorrangig durchgesetzt werden. Ein Technikbeauftragter im Innenministerium wird direkt dem Innenminister unterstellt und muß halbjährlich einen Bericht über den aktuellen Stand der technischen Aufrüstung der Polizei dem Parlament zuleiten.

#### 4. **Größere Befugnisse der Polizei im Grenzbereich**

Nach dem Wegfall der Grenzkontrollen nach dem Schengener Abkommen erhält die Polizei in den grenznahen Gebieten alle Rechte, die bisher auch der Bundesgrenzschutz innehatte, so daß im Hinterland auch im nicht konkreten Verdachtsfall kontrolliert und gefahndet werden kann.

#### 5. **„Deutsches FBI“**

Eine CDU-geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen wird sich für eine deutsche länderübergreifende Polizeitruppe, ein „Deutsches FBI“ einsetzen. Diese Polizeigruppe soll gegen internationale Verbrecherbanden länderübergreifend eingesetzt werden, damit Kompetenzgerangel zwischen den Bundesländern vermieden wird. Diese Truppe soll sich aus Beamten von Polizei und Bundesgrenzschutz, wie z. B. die GSG-9-Anti-Terror-Einheit, zusammensetzen.

#### 6. **Aufbau einer freiwilligen Sicherheitswacht**

Die CDU wird eine freiwillige Sicherheitswacht einrichten, um den Bürgern Nordrhein-Westfalens die Möglich-

keit zu geben, die Arbeit der Polizei durch ihr ehrenamtliches Engagement zu unterstützen und einen besonderen gesellschaftlichen Beitrag zur inneren Sicherheit zu leisten. So kann die Polizei entlastet und die Verknüpfung von Polizei und Bürgern bei der Kriminalitätsbekämpfung verbessert werden. Die freiwillige Sicherheitswacht soll in die Polizeibehörden eingegliedert werden. Ihre Aufgabe ist vor allem, die Polizei von solchen Tätigkeiten zu entlasten, die nicht zwingend voll ausgebildete Polizisten erfordern. Selbstverständlich werden die Mitglieder einer solchen freiwilligen Sicherheitswacht sorgfältig von den Polizeibehörden ausgewählt und geschult.

#### 7. **Kein Zurückweichen vor gewaltbereiten Chaoten, Randalierern und Extremisten**

Das Zurückweichen der Polizei und der Verzicht auf die Durchsetzung des Rechtsstaates gegenüber gewaltbereiten Demonstranten wird mit der CDU gestoppt werden. Die CDU setzt auf eine Polizeitaktik, die bei Demonstrationen den Schutz unbeteiligter Bürger gewährleistet, schon im Vorfeld konsequent für die Entfernung gewaltbereiter Demonstranten Sorge trägt und bei Provokationen und Gewalttaten, die aus Demonstrationen heraus begangen werden, nicht zurückweicht.

#### 8. **Keine Freigabe von Drogen**

Eine CDU-geführte Landesregierung wird alle Aufweichungstendenzen, die auf dem Weg zur Legalisierung von Drogen durch die Landesregierung be-

reits eingeleitet worden sind, sofort rückgängig machen. Mit der CDU gibt es keinerlei Freigabe von Drogen. Wir setzen statt dessen auf einen verstärkten Ausbau von Prophylaxe und Therapiemaßnahmen.

## 9. Sofortige Aufhebung des „Eierdieb-Erlasses“

Mit einer CDU-geführten Landesregierung wird auch die sogenannte Kleinkriminalität wieder strafrechtlich verfolgt. Der „Eierdieb-Erlass“ wird sofort aufgehoben. Der von der SPD-Regierung verfolgte Plan, vor Gericht Strafverfahren bei mittelschweren Delikten zugunsten von Strafbefehlen aufzuheben, führt nicht nur zu einer Reduzierung der Hemmschwelle bei den potentiellen Tätern, sondern er mißachtet auch völlig die Interessen der Opfer. Mit uns gibt es keine Aufweichung des Rechtssystems, wie es die SPD unternimmt. Die CDU fordert statt dessen die konsequente Verfolgung aller Straftaten sowie eine Beschleunigung der Strafverfahren.

## 10. Straffällig gewordene Ausländer abschieben

Jeder zweite Strafverdächtige bei der Organisierten Kriminalität kommt aus dem Ausland. Der von diesen Personen importierten Kriminalität wird die CDU entschieden entgegengetreten. Hierzu gehört eine konsequente Abschiebung derjenigen, die durch Straftaten unser Gastrecht mißbrauchen. Auch wer seine Bürgerkriege in Nordrhein-Westfa-

len austragen will, hat bei uns nichts verloren.

Dieses 10-Punkte-Sofortprogramm „Kriminalität bekämpfen,“ wird neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Herzstück einer CDU-geführten Landesregierung. Wenn die Menschen erst einmal das Vertrauen in die Schutzfunktion des Staates verlieren, wird ihr Vertrauen in den Staat insgesamt schwinden. Das dürfen wir nicht zulassen.

Die CDU stärkt die Polizei, wo es nur eben geht. Wir dürfen es nicht zulassen, daß Polizisten als „Schweine“ oder „Bullen“ bezeichnet werden. Die Achtung vor den Gesetzen und der Respekt vor denjenigen, die über ihre Einhaltung wachen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie beginnt bereits bei der Erziehung in der Familie und in der Schule. Doch diese kann nur gelingen, wenn die verantwortlichen staatlichen Organe hier ein konsequentes Vorbild sind und die Gesellschaft hierzu auch ihren Beitrag leistet.

Deshalb werden wir in den nächsten Wochen konzentriert darauf hinweisen, daß die CDU die besseren Konzepte zur Bekämpfung der Kriminalität in NRW hat.

Unsere Chancen stehen nicht schlecht. Wie im letzten Jahr wünschen sich nach wie vor 62 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen einen politischen Neuanfang. Wir werden die Menschen in NRW davon überzeugen, daß dies nur mit der CDU möglich ist.